

Sozialpolitik in der DDR...

(Fortsetzung von Seite 2)

Existenz zu sichern, die nicht nur materiell vollkommen ausreichend ist und von Tag zu Tag reicher wird, sondern die ihnen auch die vollständige freie Ausbildung und Bestätigung ihrer körperlichen und geistigen Anlagen garantiert. ... / 6, 263 f./

Unsere Gesellschaft hat bei der Erfüllung der ersten Aufgabe, der Sicherung der materiellen Existenz des Menschen, Erfolge erreicht, hat aber bei der Schaffung von Bedingungen, ... daß jeder seine menschliche Natur frei entwickeln kann. ... / 7, 556/ nur erste Schritte getan. Aus der Vielfalt der damit verbundenen Probleme nur drei Aspekte:

- Das erfordert nicht nur die Erhöhung des Einzelhandelsumsatzes, sondern vor allem eine um Bedürfnisse entsprechende Struktur der Konsumtion, die auch eine gesunde Lebensweise garantiert.
- Das bedingt nicht nur die Verkürzung der Arbeitszeit und damit die Verlängerung der arbeitsfreien Zeit, sondern vor allem die arbeitsfreie Zeit zur Freizeit zu machen und ihre reproduktionswirksame Verwendung zu gewährleisten. Das konnte bei uns kaum gewährleistet werden. / 8, 194 f./
- Die Lösung dieser Aufgabe bedingt die grundlegende Umgestaltung der materiell-technischen Basis als Voraussetzung zur Schaffung persönlichkeitsfördernder Arbeitsbedingungen und -inhalte.

4. Die Einheit von ökonomischem und sozialem Fortschritt muß unter den Bedingungen der Umgestaltung der Wirtschaft auf die intensiv erweiterte Reproduktion vollzogen werden. Das erfordert nicht nur die Umstellung der Produktion, sondern in Verbindung mit der Vervollkommnung der Leitung, Planung und Stimulierung, das Sozialwesen, die soziale Wirksamkeit der Wirtschaftstätigkeit mehr ausprägen. Die Sozialpolitik wird immer mehr zu einer Bedingung für das Wirtschaftswachstum.

Das bedingt u. a., nicht nur die Produktion zu erhöhen, sondern ein materielles Endprodukt in Form von Erzeugnissen und Leistungen zu produzieren, das in Menge und Qualität die immer bessere Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen sichert. Die unbefriedigende Bedarfserfüllung der Produktion gehört zu den Hauptmängeln der Leitung und Planung und Ursachen der eingeschränkten Wirkung der Sozialpolitik.

Das Wirtschaftswachstum erfordert nicht nur die Entwicklung der Technik und Technologie, sondern auch eine entsprechende Qualität, z.B. Bildungs- und Qualifikationsstruktur, Disziplin und Mobilität der Arbeitskraft. Der soziale Fortschritt in Abhängigkeit mit der Produktion ist eine Voraussetzung für den ökonomischen Fortschritt.

Mit der Intensivierung sind Innovationen verbunden, die eine progressive, persönlichkeitsfördernde Gestaltung der Arbeitsbedingungen und -inhalte ermöglichen und erfordern. Insofern sind Prozesse zur Entwicklung der Produktion und zur Gestaltung der Arbeitsbedingungen gleichrangige Prozesse. Probleme in der Leitung und Planung, Mangel an Investitionen u.a. hindern daran, dieser Forderung gerecht zu werden. /9/

Die Intensivierung bedingt eine neue Qualität auf vielen Gebieten der Sozialpolitik, u. a. für die soziale Sicherheit. Die soziale Sicherheit, die Vollbeschäftigung können unter den Bedingungen der Intensivierung nicht mehr mit den Maßstäben der extensiven Reproduktion = Bildung und Arbeit für jeden = gemessen werden, sondern erfordern eine qualitativ neue Ausgestaltung, u. a. ein neues Verhältnis entsprechender Arbeitsplätze, die Lösung der mit der wachsenden Mobilität und Diszipliniertheit verbundenen Prozesse.

Die wenigen Aspekte zeigen, daß auch die Sozialpolitik auf die Erfordernisse der Intensivierung ausgerichtet werden muß, ökonomische und politische Aktivitäten ausgelöst werden, wenn der ökonomische und soziale Fortschritt qualitativ als Einheit gestaltet werden. Diese Einheit muß bewußt hergestellt werden.

Dazu sind in der Sozialpolitik qualitative Veränderungen erforderlich, die u. a. bedingen die Erweiterung der sozialpolitischen Aufgabengebiete, z.B. Umweltschutz, ihre strukturelle Veränderung und die Beachtung der zunehmenden Abhängigkeit und Verflechtung der Gebiete.

Die reale Einschätzung als eine Bedingung für die Ausprägung der Triebkraftwirkung der Sozialpolitik zeigt, daß ihre Einstellung auf die Erfordernisse der Intensivierung auf den einzelnen Gebieten noch sehr differenziert ist, der Systemcharakter der Sozialpolitik zu wenig ausgeprägt ist.

Auch wenn z.B. das Wohnungsbauprogramm mit seinen Maßnahmen zum Bau und zur Rekonstruktion von Wohnungen in seiner historischen Einordnung sehr hoch gewürdigt werden muß, so sind bis zur Lösung des Wohnungsproblems als sozialpolitische Aufgabe noch viele Aufgaben zu lösen, die nicht nur in der Zahl der zu bauenden Wohnungen, sondern vor allem in den Anforderungen an die Größe, die Ausstattung der Wohnungen, das Wohnumfeld, die Infrastrukturalstruktur u. a. zu sehen sind. /10, 438/

11. Winkler, G.: Marxistisch-leninistische Sozialpolitik - Theorie und Praxis. Wirtschaftswissenschaften 1988, Heft 3.

12/ Engels, F.: Die Lage der arbeitenden Klasse in England, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 2, Dietz Verlag, Berlin 1962

13/ Marx, K.: Instruktion für die Delegierten des Provisorischen Zentralrates zu den einzelnen Fragen, in: MEW, Bd. 16, Dietz Verlag, Berlin 1962

14/ Marx, K.: Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 13, Dietz Verlag, Berlin 1964

15/ Kant, E.: Die Wahrheit sollte hierzulande keine Heiden brauchen, in: Neues Deutschland, 10. November 1989

16/ Engels, F.: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: MEW, Bd. 20, Dietz Verlag, Berlin 1971

Weitere Quellenangaben werden nachgereicht.

SED und Parteiarbeit muß sich grundsätzlich ändern

Referat auf der außerordentlichen Delegiertenkonferenz der Universitätsparteiorganisation

Wir haben uns heute hier eingefunden, um unsere Delegierten für den Sonderparteitag zu wählen, Genossen, die dazu beitragen müssen, Voraussetzungen für eine grundlegend erneuerte SED zu schaffen.

Primäre Aufgabe des Sonderparteitages ist die Wahl eines handlungsfähigen, kompetenten, vom Vertrauen der Parteibasis getragenen Zentralkomitees, welches seinerseits unverzüglich die Ausarbeitung einer neuen Parteipolitik in Angriff nehmen muß. Dazu gehören vor allem die Leitlinien für ein neues Parteiprogramm sowie ein neues Parteistatut. Von existentieller Bedeutung für die Partei werden der Wille und die Konsequenz sein, mit welcher sich ein neues Zentralkomitee den Lehren und Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit stellt, die notwendigen Schlussfolgerungen aus dem katastrophalen Versagen der Parteiführung, aber auch aus dem Fehlverhalten der Partei insgesamt zieht und Garantien schafft, daß sich ähnliche Vorgänge nicht wiederholen. Mit dem gebotenen Ernst ist zur Kenntnis zu nehmen, daß bereits heute viele Genossen von genau dieser Konsequenz ihr künftiges Verhalten gegenüber der Partei abhängig machen und es Stimmen für radikale Schritte von einer Umwälzung bis hin zur Auflösung und Neukonstituierung der Partei gibt.

Historische Lehren sind vor allem aus zwei Sachverhalten zu ziehen: Erstens ist es inzwischen geschichtliche Erfahrung, daß der Sozialismus nirgendwo auf der Welt vererbt hat, den Gefahren eines mehr oder weniger ausgeprägten Personenkultes mit in jedem Fall negativen Konsequenzen für die Entwicklung der Gesellschaft zu entgehen.

Nach Schaffung der Grundlagen des Sozialismus sind bei dessen weiterer praktischer Gestaltung in den meisten sozialistischen Ländern Entscheidungen aufgetreten, die in einer administrativen Arbeitsweise der Parteiführung mündeten. Diese Arbeitsweise, insbesondere die stalinistischen Abweichungen, bedarf einer tiefgründigen Analyse, weil nur so eine echte demokratische Erneuerung möglich ist.

Unabhängig davon muß sich die Partei in ihrer praktischen Tätigkeit von allen Erscheinungsformen stalinistischer Entstellungen in ihrer Politik sofort lösen.

Zweitens ist ebenso zur Kenntnis zu nehmen, daß trotz deklarativ verkündeter Behauptungen die kommunistischen Parteien sozialistischer Länder in bestimmten, wesentlichen Phasen ihrer Entwicklung mit ihrer Politik im Widerspruch zu den Interessen eines großen Teils der Bevölkerung geraten sind.

Unser Volk hat eindeutig demonstriert, und zwar im wahren Sinne des Wortes, daß es eine oftmals undemokratische, reglementierende und zum Teil die Initiativen der Bürger bremsende Entwicklung ablehnt.

Mit Bitternis mußten wir zur Kenntnis nehmen, daß unsere Partei, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, durch ein blindes Vertrauen in ihre Führung, die zu einem großen Teil nicht dem Volk gedient, sondern gegen es gewirkt hat, die Wissenschaftlichkeit in der Politik durch Administration, Rechthaberei und persönliche Ansichten ersetzt hat, ja, wie wir heute leider ständig erleben, ihre Positionen in Partei, Staat und Gesellschaft zu Amtsmissbrauch, ungerechtfertigten Bereicherungen u. a. m. genutzt hat.

Eckpunkte unserer sozialistischen Entwicklung, für die die Mehrheit der Mitglieder und Kandidaten unserer Partei sich eingesetzt haben, erwiesen sich als nicht tragfähig und mußten in wenigen Tagen über „Bord“ geworfen werden.

Im Glauben an diese Orientierungen wurden auch durch viele Leitungen einschließlich der ZPK unserer Parteiorganisation zu leichtfertig Beschlüsse umgesetzt, Kritiken und Forderungen nicht massiv genug gegenüber übergeordneten Leitungen vertreten. Dies alles hat dazu geführt, daß wir heute einschätzen müssen, daß unsere Partei von sehr vielen Menschen nicht mehr als Interessenvertreter des werktätigen Volkes akzeptiert wird. Vertrauensverlust begann sich zunehmend in Ablehnung gegen die Politik der SED, aber auch gegenüber ihren Funktionären (und nicht nur auf den höchsten Ebenen) und auch gegenüber ihren Mitgliedern umzuschlagen. Sehr viele Genossen haben sich in ihrem Bekenntnis zur Partei betrogen, resignierten oder verlassen die Partei.

So müssen wir leider auch bei unbestritten, daß seit September 1989 100 Genossen ihren Parteistruktur erklärt. Das entspricht 4,2 Prozent. Dem widerspricht nicht, daß früher wie heute eine große Anzahl unserer Parteimitglieder mit großem Engagement, mit Herz und Seele gemeinsam mit vielen Universitätsangehörigen für eine Vorwärtsentwicklung bei der Lösung der Aufgaben oder dafür wirken, bessere Arbeits-, Studien- und Lebensbedingungen zu erreichen. Und wir denken, gerade das ist ein wesentliches Unterfangen, auf dessen Grundlage es uns gelingen muß, unsere

Partei zu erneuern, unsere Positionen neu zu definieren, um im Gesamtensemble der gesellschaftlichen Kräfte einen eigenständigen Beitrag zur Neugestaltung der sozialistischen Entwicklung einzubringen.

Es kann und wird nicht um einige Korrekturen - es muß um eine radikale Erneuerung der Partei gehen. Das beginnt bei der Neubewertung der gesellschaftlichen Stellung unserer Partei. Nicht gesetzlich vorgegebener Führungsanspruch, nicht Kontroll- oder Weisungsrecht gegenüber anderen Leitungen und Gremien, sondern Wettbewerbsfähigkeit, die besseren Ideen, das eigene Vorbild, hohe Bildung, politisches Standesvermögen und größtmögliche Toleranz gegenüber anderen sind jetzt notwendig. Das heißt nicht, Toleranz mit Prinzipienlosigkeit zu verwechseln!

Wir müssen lernen, uns an den Interessen aller Werktätigen zu orientieren und diese auch zu vertreten.

Das hat grundsätzliche Auswirkungen auf die Erarbeitung von Standpunkten zu bestimmten Prozessen, auf das innerparteiliche Leben und auf das Propagieren unserer Positionen in unserem Umfeld. Das heißt, Meinungstreit, Standpunktbildung in den Parteigruppen, aber auch effektivere Strukturen und Leitungslinien werden dringlicher denn je.

Wir stellen uns dem Wettbewerb aller gesellschaftlichen Kräfte, das schließt aber auch ein, daß Genossen sich nicht automatisch aus Leitungen und Gremien zurückziehen. Das würde der Sache wenig dienen. Andererseits wird es künftig eine automatische Mitgliedschaft des Parteifunktions in solchen Gremien und Leitungen nicht geben. Auch das hätte nichts mit Wettbewerb zu tun.

Unser Ziel muß es sein, über unsere Mitglieder unsere Politik zu vertreten. Der Charakter der Parteiarbeit verändert sich. Er wird sich nicht mehr durch ein ausschließliches Durchsetzen zentral gefaßter Beschlüsse auszeichnen. Die Arbeit an der Basis bekommt eine grundsätzlich höhere Bedeutung. Arbeitsgruppen der Parteiorganisation, die nicht den jetzigen Strukturen entsprechen müssen, werden künftig unsere Parteipolitik maßgeblich beeinflussen. Das hat Auswirkungen auf Umfang und Struktur der Parteileitungen. Der hauptamtliche Apparat wird sich reduzieren, die Leitungen haben stärker das umzusetzen, was in den Parteikollektiven als gut und tragfähig erkannt wurde.

Die Zentrale Parteileitung hat in ihrer Sitzung am 15. November 1989 versucht, erste Schritte einzuleiten. So wurde festgelegt, unter diesen neuen Bedingungen die Anzahl der Sekretäre auf drei zu reduzieren. Nach unserem jetzigen Erkenntnisstand sollte die ZPK durch einen Sekretär, einen Sekretär für Wissenschaftspolitik, Kultur und Bildung sowie einen Sekretär für Parteioptionen geleitet werden. Grundtatmaterialien für das Wirken dieser Leitungen sollten Arbeitsgruppen oder Gremien schaffen, die unmittelbar an der Basis wirken. So z. B. zu solchen Gebieten, wie innerparteiliches Leben, Kaderarbeit innerhalb der Partei einschließlich kaderpolitischer Fragen, Rolle von Agitation und Propaganda einschließlich Medienarbeit, Positionen der Parteigruppenorganisation zur Wissenschafts- und Bildungspolitik, zur Rolle des Wissenschaftlers und des Ingenieurs und vieles andere mehr.

Mit der Umsetzung dieses Beschlusses hat die ZPK die Genossen Dr. Horst Götlicher und Dr. Hans-Erhard Becking von ihren Funktionen entbunden und ihnen für ihre langjährige Tätigkeit an der Spitze unserer Parteiorganisation gedankt; Entbunden, weil es ihnen schwerfällt, den erhöhten Anforderungen einer grundsätzlich erneuerten Parteipolitik gerecht zu werden. Das deckt sich auch mit der Meinung vieler Genossen in den Grundorganisationen!

In der gleichen Leitungssitzung wurde auch der Beschluß zur Bildung einer Arbeitsgruppe „Innerparteiliches Leben“ gefaßt. Diese Arbeitsgruppe, die unter Leitung der Genossen Dr. Uwe Falkenberg (ZPK/M) und Dr. Jochen Metje (ZO-Sekretär IP) steht, muß nach unserer Meinung zwei wesentliche Ergebnisse erbringen

- Das ist zum einen ein Standpunkt unserer Parteiorganisation, mit dem unsere Delegierten auf dem außerordentlichen Parteitag unsere Positionen zu einer erneuerten Partei, zu deren Wirksamkeit im gesellschaftlichen Leben einschließlich deren innerparteilichen Wirkmechanismus vertreten, und zum anderen
- einen konkreten Vorschlag, wie sich die Parteiorganisation speziell an unserer Universität profilieren muß.

Zu beiden Richtungen liegen bereits erste Ergebnisse vor. Dafür unseren Dank an diese beiden Genossen und all diejenigen, die sie dabei unterstützt haben.

So wird z. B. vorgeschlagen, Statut und Programm unserer Partei grundsätzlich neu zu fassen. Dabei geht es um das Einbringen neuer Standpunkte zu traditionellen Begriffs- und Arbeiterklasse, soziale

Schichten und Strukturen der Bevölkerung, Opportunismus, Revisionismus u. a. m. auf wissenschaftlicher Grundlage. Neu zu bewerten ist auch die soziale Stellung der Intelligenz einschließlich ihrer moralischen und materiellen Anerkennung.

Wir halten es für notwendig, das Statut so zu gestalten, daß es allen arbeitenden Menschen gestattet, gleichermaßen und auf gleicher politischer Grundlage die Mitgliedschaft in unserer Partei zu ermöglichen.

Weitere wesentliche Punkte sehen wir in der Begrenzung der Amtszeit und der Einführung von Altersgrenzen für bestimmte Funktionen, Weiterentwicklung der innerparteilichen Demokratie, verbindliche Garantien zur Verhinderung von Amtsmissbrauch und Korruption, von den jeweiligen Leitungen unabhängige Kontrollkommissionen, Reduzierung von Zwischenleitungen, Offenheit der Parteifinanz, Neukonzipierung der politischen Bildung innerhalb der Partei, stärkere Öffentlichkeitsarbeit u. a. m. Auch die Frage der sozialen Sicherheit von aus Parteifunktionen ausscheidenden, bisher hauptsächlich wirkenden Genossen ist zu klären. Wir haben mit Interesse festgestellt, daß Genosse Kreuz in einem „ND“-Interview vergangene Woche sich ebenfalls zu vielen dieser Positionen bekennet.

Diese Aufzählung erfaßt nur einige Punkte unserer Parteiarbeit. Sie zeigen aber wie dringlich es ist, unter Einbeziehung möglichst vieler, besonders auch unserer Delegierten zum Parteitag, tragfähige Positionen für eine grundsätzlich erneuerte Partei zu schaffen. Wobei wir immer wieder davon ausgehen, daß eine

Hauptrichtungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, den Grundwerten des Humanismus und den Idealen des Kommunismus. Das schließt ein:

- Reale Chancengleichheit für alle Talente des Volkes unabhängig von Weltanschauung, Religion und sozialer Stellung.
- Besondere Förderung geeigneter Studienbewerber und Studenten aus sozial schwächeren Schichten des Volkes.
- Solidarische Unterstützung für Studenten mit Kind, Studentenfamilien und Körperbehinderte.
- Förderung intelligenter Werktätiger, die nach berufspraktischer Tätigkeit ein Studium aufnehmen.
- 2. Ausprägung der individuellen Wissensaneignung durch vielfältige Formen entsprechend persönlichen Fähigkeiten und Neigungen in enger Verbindung mit Kooperationspartnern und Einsatz- und Delegierungsbetrieben.
- 3. Freizügigkeit und Zugänglichkeit der Wissensquellen ohne Tabus und Reglementierung für jeden Interessierten.
- 4. Demokratische Zusammenarbeit aller Komponenten gesellschaftlicher Kräfte bei der Formulierung und Durchsetzung gemeinsamer hochschulpolitischer Interessen, Stärkung der Einheit von kollektiver Meinungsbildung und erhöhter Eigenverantwortung der Leiter.
- 5. Wahrung progressiver akademischer Traditionen.

Diese Grundzüge sind in Ihrer Breite durch viele Gedanken unterstet, wie z. B. zu den Komplexen „Demokratie und Hochschule“, „Bildungsökonomie und Demokratie“,



Gewissenhaft prüften die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission die Dokumente der Delegierten zu Beginn der Konferenz. Foto: Grunewald

Partei des arbeitenden Volkes auch dortin gebot, wo das Volk arbeitet - nämlich in die Betriebe und Einrichtungen!

Speziell für die Wirksamkeit einer Parteiorganisation an einer Universität muß natürlich auch eine Rolle spielen, welche Ansichten diese Parteiorganisation zur Weiterentwicklung der Wissenschaftspolitik zum Erzielen einer hohen Effektivität in der Bildung besitzt.

In der Vergangenheit haben sich die Leitungen und Parteigruppen sehr vorgründig mit der Bewertung und Darstellung politisch-ideologischer Schwerpunkte konkreter Objekte befaßt. Das hat sicherlich in vielen Fällen zu einer höheren Effektivität in der Arbeit geführt, oftmals aber Grenzen verwischt, wer Leiter und Ausführender war, hat Initiativen außerhalb der Partei Ständer unzureichend berücksichtigt. Diese Form der Parteiarbeit in ihren wesentlichen Momenten zu verändern, gehört grundsätzlich auch zum Charakter einer erneuerten Partei. Wir sind der Auffassung, daß künftig in den Parteikollektiven solche Positionen zu Hauptprozessen zu erarbeiten sind, die als Strategie unseres Wirkens durch unsere Mitglieder umgesetzt werden müssen. Dabei verstehen wir diese Aufgabe nicht als einmaligen Prozeß, sondern hier sollte der Grundsatz von Kontinuität und Erneuerung zum Arbeitseffizienter werden. Als Startschuß gewissermaßen hat die Zentrale Parteileitung eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die sich speziell mit der Erarbeitung erster Positionen zum Erzielen einer hohen Effektivität in der Bildung beschäftigt. Diese Arbeitsgruppe steht unter der Leitung der Mitglieder der Zentralen Parteileitung Genossen Dr. Pfler und Genossen Dr. Klemm, stellvertretender Sekretär.

Obwohl wir der Auffassung waren, daß die Ergebnisse dieser und weiterer Arbeitsgruppen vorrangig als Grundlage für das Programm unserer Parteiorganisation anlässlich der Parteiwahlen Anfang des nächsten Jahres dienen sollten, liegen auch hier erste Gedanken als Diskussionspunkte vor. Solche sind:

1. Tiefgreifende Reformen der Bildungs- und Hochschulpolitik mit Grundorientierungen an den weltweiten

„Freiheit des Individuums und Interessen der Gesellschaft“, „Bildungsinhalte und Demokratie“. Es ist hier nicht der Platz, darauf im Detail einzugehen. Wir werden die bisherigen Gedanken demnächst in der „Universitätszeitung“ vorstellen. Die verschiedenen Arbeitsgruppen sollten in Kürze TU-offene Foren durchführen, um die Qualität der Positionspapiere weiter zu verbessern und möglichst viele Gedanken zu berücksichtigen.

Liebe Genossinnen und Genossen! Nutzen wir die vor uns liegende Zeit, um unseren Delegierten zum Sonderparteitag so auszurufen, daß wir unseren Beitrag zur grundsätzlichen Erneuerung der Partei einbringen, daß Verfehlungen, gleich auf welcher Ebene, aufgedeckt und gesühnt werden, daß unsere Partei so gesund, daß sie in einer im Aufbau befindlichen Gesellschaft ihren Beitrag einbringen kann.

Unverändert bleibt die Wirksamkeit der Partei über ihren Rahmen hinaus der Gradmesser für ihre politische Kraft. Von unten nach oben entwickelte wissenschaftlich begründete Gesellschaftsstrategie muß zum Inhalt der ideologischen Arbeit werden.

In Beachtung dessen betrachten wir es als unsere Aufgabe, gemeinsam alles zu tun, daß die Parteiorganisation an der Universität sich wieder festigt, aus ihren Fehlern lernt und sich zu einem einheitlichen Handeln findet.

Eine entscheidende Frage ist, daß die Zentrale Parteileitung bis zu den Wahlen handlungsfähig bleibt. Dazu ist erforderlich, daß sie das Vertrauen und die Autorität besitzt, sowohl als Leitung insgesamt als auch ihre einzelnen Mitglieder.

Wir haben in den letzten Wochen vieles unternommen, um den Erneuerungsprozeß voranzutreiben. Seien es vielfältige Hinweise und Forderungen an die Stadt- und Bezirksleitung und das Zentralkomitee, die Initiative an der Kundgebung der Kommunisten in unserer Stadt oder auch konkrete Schritte an unserer Universität.

Wir sind bereit, bis zu den Parteiwahlen noch konsequenter uns diesen Anforderungen zu stellen.